

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Markstraße Nr. 15, II.
Hamburg 6.

Die Wahlen zum Internationalen Kongress für Arbeiterschutz, Zürich 1897.

Von verschiedenen Seiten ist die Frage an uns gerichtet worden, ob eine Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf dem Internationalen Arbeiterschutz-Kongress für die einzelnen Branchen nothwendig erscheine, oder ob es nicht ausreichend sei, wenn für jede Industrie-Gruppe ein Vertreter entsandt würde. Unsere Meinung geht dahin, daß die Entsendung von Delegirten für die hauptsächlichsten Industrie-Gruppen den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Deutschlands eine ausreichende Vertretung sichern und dem Zweck des Kongresses entsprechen würde. Es ist bis jetzt noch wenig unternommen, um eine Delegation nach Zürich herbeizuführen. Von der Fünferkommission der Schneider, sind die Vorbereitungen für die Wahl eines Delegirten der Bekleidungsindustrie getroffen. Im Allgemeinen macht sich aber wenig Neigung bemerkbar, eine größere Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf dem Kongress herbeizuführen. Der Grund dürfte hauptsächlich darin zu suchen sein, daß die Wahlen Schwierigkeiten bereiten, weil sie nicht in den Organisationen vollzogen werden können. Auch die Generalkommission kann die Wahlen nicht arrangiren und leiten, sondern muß sich auf allgemeine Vorschläge beschränken. Wir schlagen nun vor, für die bedeutendsten Industrie-Gruppen je einen Delegirten zu entsenden und im Mittelpunkt der Bewegung der betreffenden Industriezweige ein Comité von fünf Personen einzusetzen, welches die Wahlen leitet und die Kosten der Delegation aufbringt.

Es würde sich empfehlen, für folgende Industrie-Gruppen und Orte Comités zu bilden:

In **Berlin** für Graphische Gewerbe, Keramische Gewerbe, Lederindustrie, Bekleidungsindustrie (besteht schon in der Fünfer-Kommission) und Textilindustrie.

In **Stuttgart** für Holzindustrie und Metallindustrie.

In **Hamburg** für Bauarbeiter, Verkehrsgewerbe und die nicht allgemein organisierten Metallarbeiter (Former, Goldarbeiter, Kupferschmiede und Schmiede).

In **Bremen** für Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

In **Hannover** für Fabrikarbeiter.

Es würde hierzu noch die Gruppe der Bergarbeiter kommen, die ohne Weiteres eine Vertretung über eine Delegation herbeiführen kann.

Daß wir zwei Comités für die Metallindustrie vorschlagen, geschieht deshalb, daß keine Differenzen zwischen den getrennt organisierten Metallarbeitern bei den Wahlen entstehen. Vereinigen die beiden Gruppen sich zu gemeinschaftlicher Wahl, desto besser für die Bewegung.

Da der Kongress am 23. August beginnt, so ist nicht viel Zeit mit den Wahlen zu verlieren. Besonders erscheint es uns unzweckmäßig, daß erst Versammlungen stattfinden, in denen Vorschläge für Kandidaten gemacht werden, und dann nochmals Versammlungen, in welchen die Wahlen erfolgen. Wir sind der Meinung, daß es vollkommen ausreichend ist, wenn die gewählten Comités sich mit den maßgebenden Kreisen der betreffenden Industrie-Gruppe verständigen und dann direkt mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit treten. Es würden dann in den einzelnen Orten nur die Gruppenversammlungen zur Wahl der Delegirten stattfinden und müßte bei den Wahlen die einfache Majorität entscheiden.

Diese Art der Vertretung und der Wahlen scheint uns das Zweckmäßigste zu sein, und ist es bei gutem Willen möglich, in der kurzen Frist, die bis zum Kongress noch vorhanden ist, die Wahlen zu erledigen.

Es sei noch bemerkt, daß die Delegationskosten für einen Delegirten aus Nord- resp. Mitteldeutschland sich auf ja. M. 250 stellen werden, was bei der Größe der einzelnen Industrie-Gruppen nicht wesentlich in's Gewicht fallen dürfte.

Indem wir hoffen, daß unsere Vorschläge in den genannten Orten volle Beachtung finden werden, bitten wir, unverzüglich an die Wahl des Comités zu gehen und die nöthigen Verständigungen mit den maßgebenden Kreisen herbeizuführen, damit die Wahlen rechtzeitig erledigt werden können.

Bosen, Rixdorf, (Hamburg), Quedlinburg, Erfurt, Gera, Frankfurt a. M., Kaiserslautern, Lahr, Pforzheim, Stuttgart, Cannstatt, Göppingen, Fürth, Augsburg — [Brünn, Wien, Bern.]

An diesem Verhältnis würde auch nichts geändert, wenn man Berlin und Nürnberg, bei denen die Zunahme sich nur in minimalen Dezimalziffern zeigt (und die deswegen oben in Klammern gesetzt sind) nicht als abgenommen, sondern als gleichgeblieben zählen wollte, umsoweniger, da ihnen unter den Arbeitsnachweisen mit Zunahme Ham-

burg gegenübersteht, das wegen der bereits mehrfach besprochenen abnormen Verhältnisse in der Benutzung des Arbeitsnachweises hier auszuscheiden ist. Die nach Ausscheidung Hamburgs übrig bleibenden 36 vergleichbaren Arbeitsnachweise im Deutschen Reiche liefern ein Gesamtbild, welches in seinen Totalziffern durchweg sowohl bei männlichen wie bei weiblichen Arbeitern einen geringeren Andrang als im Vorjahre zeigt. An diesen 36 Orten zusammengenommen wurden im Mai gemeldet:

Jahr	Offene Stellen			Arbeitsuchende			Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende		
	männliche	weibl.	zusammen	männliche	weibl.	zusammen	männliche	weibliche	zusammen
1896	13482	5174	18656	19524	4879	24403	144,7	94,3	130,8
1897	15978	6650	22628	21184	5913	27097	132,5	88,9	119,8

Ein ganz anderes Ergebnis, als der Vergleich mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres, zeigt der Vergleich mit dem unmittelbar vorausgegangenen Monat April. Hier steht die Zunahme des Andranges entschieden im Vordergrund. Im Vergleich zum April hat im Mai der Andrang der Arbeituchenden zugenommen an folgenden 31 (+ 4) Orten:

Bosen, Breslau, Berlin, (Hamburg), Halle, Erfurt, Gera, Osnabrück, Hörde, Münster, Essen, Aachen, Elberfeld, Düsseldorf, (Köln), Wiesbaden, Frankfurt a. M., Gießen, Darmstadt, Kaiserslautern, Strassburg i. Elz., Heidelberg, Mannheim, Konstanz, Pforzheim, Stuttgart, Cannstatt, Eßlingen, Göppingen, Augsburg, München — (Wien, Brünn, Bern, Winterthur),

hingegen abgenommen nur an folgenden 12 Orten: Rixdorf, Quedlinburg, Hannover, Lahr i. B., Freiburg i. B., Schoppsheim, Karlsruhe,

Reutlingen, Heilbronn, Ulm, Nürnberg, Fürth.

Auf 100 ausgetotene offene Stellen kamen nach unserer Prozentualberechnung:

	männl.	weibl.	zusammen
April 1897	121,0	81,5	109,0
Mai 1897	132,5	88,9	119,8

Wie also bereits voriges Mal vom März zum April eine theilweise Zunahme des Andranges zu konstatiren war, so jetzt vom April zum Mai eine geradezu überwiegende und ganz zweifellose Zunahme. Unsere im vorigen Bericht ausgesprochene Vermuthung, daß wir es hier mit einer regelmäßig in jedem Frühjahr wiederkehrenden Erscheinung des städtischen Arbeitsmarktes zu thun haben, hat inzwischen eine Bestätigung durch die siebenjährige Berliner Tabelle gefunden, welche folgendes Bild giebt.

Es kamen auf 100 offene Stellen Arbeituchende:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Septbr.	Oktbr.	Novbr.	Dezbr.
1890	191,6	179,9	93,3	141,6	146,4	149,5	139,1	104,5	120,2	155,0	186,2	148,2
1891	216,9	180,5	118,3	194,6	201,2	253,8	182,8	130,7	112,4	162,9	192,4	159,2
1892	189,8	237,0	121,5	167,5	166,4	152,9	150,4	96,5	106,2	95,7	198,8	111,7
1893	147,9	157,0	108,0	160,0	189,8	168,6	173,0	129,7	123,5	162,1	183,8	135,1
1894	206,2	144,7	104,5	173,0	190,1	173,1	157,7	126,4	112,0	143,1	184,5	148,8
1895	172,7	115,2	120,0	175,7	154,1	145,0	141,6	106,3	110,5	129,7	140,4	113,9
1896	157,0	117,5	100,0	135,3	135,1	159,5	103,1	125,8	109,8	115,2	132,6	114,5
Durchschn.	183,2	161,7	109,4	164,0	169,0	171,8	149,7	118,6	113,5	137,7	174,1	133,1

Dieses Beispiel zeigt wiederum, wie werthvoll eine genauere und durch Jahre fortgesetzte Bearbeitung der Arbeitsnachweis-Meldungen für die Erkenntniß der wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge werden müßte. Der vom April zum Mai gesteigerte Ansturm der Arbeitslosen kann schon jetzt mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit als eine verhältnißmäßig harmlose Erscheinung bezeichnet werden, während umgekehrt der verminderte Andrang im Vergleich zum Mai vorigen Jahres sich als charakteristisch erweist. Dies bestärkt uns in der Anschauung, daß die gegenwärtige Marktlage für den Arbeiter entschieden günstig ist, und dies stimmt mit der wirtschaftlichen Gesamtlage, welche in großen Industrien, wie zum Beispiel in der Metallindustrie, gesteigerte Thätig-

keit und also gesteigerten Arbeiterbedarf zeigt.“ Obgleich eine Besserung des Arbeitsmarktes konstatirt wird, kommen doch auf je 100 Stellen für männliche Arbeiter 132 Bewerber. 32 Arbeitern konnte also Arbeit nicht nachgewiesen werden, obgleich allseitig das Vorhandensein einer günstigen Konjunktur konstatirt wird. Wie sich die Verhältnisse für Berlin in den ungünstigen Jahren gestalteten, weist die Tabelle aus. Diese Zahlen lassen das Schicksal vieler Tausende vermuthen, die vergeblich ihre Arbeitskraft anbieten und in Noth und Elend dahin vegetiren. Woher angesichts solcher Verhältnisse die Leute, welche sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit sträuben, den Muth nehmen, ihre Stellung zu behaupten, ist unbegreiflich.

Die der Tabelle angefügten Bemerkungen dürften ohne weitere Erklärung die einzelnen Rubriken verständlich machen. Außer von den in der Tabelle angeführten Organisationen wurden noch von Gewerkschaftskartellen und verschiedenen Personen insgesamt M. 175,35 zur Deckung des Defizits eingesandt. Wie die Tabelle anzeigt, sind einige Organisationen noch mit beträchtlichen Summen für Quartalsbeiträge im Rückstand. Bei einzelnen waren besondere Verhältnisse das Hinderniß für eine regelrechte Beitragszahlung und ist die Zusage gemacht worden, daß die Reste baldigst

abgetragen werden. Nur wenige Organisationen werden infolge ständiger ungünstiger Finanzlage nicht im Stande sein, den vollen Restbetrag abzuführen, doch haben auch diese in Aussicht gestellt, nach Kräften die Reste zu begleichen.

Die Generalkommission wird, entsprechend dem Beschluß des Gewerkschaftsausschusses und des Gewerkschaftskongresses, an alle Organisationen, welche die Beiträge nicht in der durch den Kongreß bestimmten Frist bezahlen, entsprechende Mahnungen richten und hofft, daß hierzu möglichst wenig Veranlassung sich bieten möge.

Kongresse und Generalversammlungen.

Erste Generalversammlung des Verbandes der Graveure, Ziseleure und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Berlin, 27. u. 28. Juni 1897.

Außer elf Delegirten waren die fünf Mitglieder des Hauptvorstandes, die Mitglieder der Kontrollkommission, ein Vertreter der Pressekommision und der Redakteur des Fachblattes anwesend. Die Delegirten berichteten über die örtlichen Verhältnisse, insbesondere über den Stand der Organisation.

In Berlin ist die Zahl der organisirten Berufsgenossen etwas zurückgegangen; der frühere Lokalverein zählte 450 Mitglieder, die jetzige Verbandsfiliale etwa 300. Von Vielen ist die Umwandlung der Organisation als Vorwand benutzt, um der Organisation überhaupt den Rücken zu kehren. Man ist indessen fest davon überzeugt, daß diese Kritik bald überwunden sein und dann die Zahl der organisirten Berufsgenossen sich höher stellen wird, als je zuvor. In Krefeld sind von 68 Gehülfen 35 organisirt, die Arbeitszeit beträgt $9\frac{1}{2}$ bis $10\frac{1}{2}$ Stunden, der Wochenlohn M. 17,50 bis M. 45. Als großer Uebelstand wird die Hausarbeit empfunden, die in ausgedehntem Maße Platz gegriffen hat. In Altenburg wird bei einem Stundenlohn von 28 bis 40 M 9 bis 10 Stunden gearbeitet; es sind 11 Kollegen organisirt. In Dresden arbeiten 86 Gehülfe, von denen 61 dem Verband angehören. Der Wochenlohn schwankt zwischen M. 15 bis M. 36 und beträgt im Durchschnitt M. 22. Die Dresdener Kollegen leiden stark unter der Konkurrenz billiger Arbeitskräfte, welche aus Böhmen einwandern. In Friedrichshagen arbeiten 35 Gehülfe, von denen 25 organisirt sind; die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. In Leipzig stehen noch viele Gehülfe der Organisation fern, was im Wesentlichen auf Gegenagitation zurückzuführen ist, die mittlerweile an Einfluß verliert. Dem Verbands hatte man prophezeit, er würde in Leipzig höchstens 60 Mitglieder bekommen; die Zahl betrage aber jetzt schon 110, so daß ein Unterschied gegenüber dem früheren Lokalverein garnicht vorhanden sei. Der Durchschnittslohn beträgt M. 24 bis M. 25 pro Woche, bei acht- bis zehnstündiger Arbeitszeit. In München haben sich 25 Kollegen dem Verbands angeschlossen; bei dem Stande der Organisation seien die Lohn- und Arbeitsbedingungen selbstverständlich nicht günstig. Der Stundenlohn bewegt sich zwischen $37\frac{1}{2}$ bis 60 M , die Arbeitszeit beträgt 8 bis 10 Stunden. In Stuttgart ist

die Organisation sehr gut, die Löhne sind sehr verschieden; sie betragen für Graveure 20 M bis M. 1, für Ziseleure 28 bis 65 M pro Stunde; gearbeitet wird 9 bis 10 Stunden.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes erstatteten der Vorsitzende und der Kassirer. Der Verband trat am 1. Februar in's Leben, und wenn zuerst auch kleinere Schwierigkeiten zu überwinden waren, so sind die bisher erzielten Resultate doch durchaus befriedigend. Nur ein einziger Lokalverein besteht noch in Elberfeld, die anderen haben sich zu Gunsten des Verbandes aufgelöst. Der Verband zählt in 25 Orten zusammen 686 zahlende Mitglieder. Von den früher schon bestandenen Lokalorganisationen sind der Verbandshauptkasse M. 2110,92 überwiesen, an Beiträgen sind in der Zeit vom 1. Februar bis 20. Juni 1897 zusammen M. 1799,30 eingegangen, Einschreibegeld M. 65,10. Die Gesamteinnahme beträgt M. 3763,91, die Ausgabe M. 779,56, so daß ein Bestand von M. 2984,35 vorhanden war. Dem Vorstands wurde nach kurzer Diskussion einstimmig Decharge erteilt.

Der Redakteur der Fachzeitung erstattete den Geschäftsbericht über die Presse, der ein durchaus günstiges Resultat auswies. Daran knüpfte sich eine längere Debatte über die prinzipielle Haltung des Organs. Der Delegirte aus Krefeld bemängelte den Abdruck des Aufrufs zur Maitfeier, da eine Hervorkehrung sozialdemokratischer Bestrebungen der Gewerkschaft in Rheinland-Westfalen, wo das Pfaffenhum noch in großem Ansehen stehe, Abbruch thun würde. Das Organ müsse durchaus unpolitisch sein. Der Delegirte aus Berlin ist zwar dafür, daß man sich innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation nicht mit Politik befasse. Dem Redakteur macht er den Vorwurf, daß er in der Zeitung zwar keine bestimmte politische Partei empfohlen, dagegen die Sozialdemokratie habe bekämpfen lassen. Eine solche Haltung sei auch eine politische. Die Interessen der Gewerkschaft könnten nur dann hinreichend gefördert werden, wenn der Redakteur des Verbands-Organs einen klassenbewußten Standpunkt vertrete. Von dem Vertreter der Pressekommision wird bestritten, daß die sozialdemokratische Partei in der Zeitschrift bekämpft sei.

Der Vertreter der Generalkommission legte die Schwierigkeiten dar, die den Redakteuren der Gewerkschaftspresse im Allgemeinen bereitet werden, und bemerkte, daß das Fachblatt vor Allem den Zweck des Verbandes propagiren solle. Soweit

die Politik eine Rückwirkung auf die Gewerkschaften habe, müsse sie ganz selbstverständlich in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden. Die Bestrebungen politischer Parteien, welche den Zweck der Gewerkschaft ebenfalls zum Ziele haben, müßten von der Gewerkschaftspresse unterstützt werden. Das Alles sei aber noch lange nicht Parteipolitik im engeren Sinne. Diese solle in den Gewerkschaften allerdings nicht betrieben werden und werde auch thatsächlich in keiner Gewerkschaft betrieben, selbst in den „politischen“ Fachvereinen nicht. Dort operire man nur mit der Phraze, was den Gewerkschaften schon Schaden genug eingetragen habe; das müsse in Zukunft anders werden.

Diesen Standpunkt vertraten auch die übrigen Redner, die sich noch an der Diskussion beteiligten.

Folgende Resolution wurde mit großer Majorität angenommen: „In Erwägung, daß der gewerkschaftliche Erfolg unserer Organisation wesentlich von der klassenprinzipiellen Haltung unseres Organs abhängt, wird von der Redaktion desselben erwartet, daß sie stets den Standpunkt

vertritt, daß die Solidarität der Kollegen, wenn sie sich nur auf das gewerkschaftliche Gebiet beschränkt, absolut fruchtlos ist, sondern daß die Solidarität dem Verbands erst dann zu Gute kommt, wenn sie sich auch auf die Erhaltung und Erweiterung der gesetzlichen Grundlagen der Organisation erstreckt.“

Es werden sodann einige unwesentliche Statutenänderungen vorgenommen. Der Verbandsvorstand soll $7\frac{1}{2}$ pCt. der Einnahmen als Entschädigung erhalten. Bei Streiks darf der Vorstand die Wochenbeiträge um höchstens 10% erhöhen. Der Sitz des Verbandes bleibt in Berlin. Die Regelung der Agitation, sowie die Vorkarbeiten für einen Zentralarbeitsnachweis werden dem Vorstand überlassen. Die nächste Generalversammlung findet 1899 in Leipzig statt.

Von den auf der Generalversammlung aufgestellten, infolge eines Preisauswreibens eingeleferteten 27 Entwürfen für den Kopf der „Zeitschrift für Graveure“ wurden 3 prämiirt und 8 erhielten eine Anerkennung.

Mittheilungen.

Das Gewerkschaftskartell in Viberach beschloß, um das System, durch Sammellisten Beiträge für Streiks aufzubringen, zu beseitigen, den Beitrag für das Kartell um 5 % zu erhöhen. Die Unterstützung für auswärtige Streiks soll in Zukunft nur an die Zentralkasse der im Streik befindlichen Organisation gefandt werden. Sammellisten werden nicht mehr in Umlauf gesetzt. Von auswärtig eingehende Sammellisten werden weder benutzt, noch an die Absender zurückgefandt.

Das Gewerkschaftskartell in Arnstadt hat beschlossen, eingefandte Sammellisten zu vernichten

und auswärtige Streiks nur zu unterstützen, wenn von dem Zentralvorstand der Organisation ein Situationsbericht eingefandt wird.

Das Kartell in Königsberg i. Pr. läßt in Zukunft nur solche Sammellisten zirkuliren, die von dem Zentralvorstand der im Streik befindlichen Organisation gestempelt sind.

Das Kartell in Glückstadt setzt Sammellisten nur dann in Umlauf, wenn von dem in Frage kommenden Zentralvorstand ein Situationsbericht eingefandt wird. Die Listen werden an Orte geprüft und nicht zurückgefandt.

Situationsbericht.

Ueber den Streik der Maurer Leipzig berichtet das Gewerkschaftskartell daselbst, daß am 16. Juni 3200 Maurer in den Ausstand traten, um neunstündige Arbeitszeit und 55 % Stundenlohn zu erreichen. Die Unternehmer hatten die von den Arbeitern gutgeheißen Vermittelung des Gewerbegerichts abgelehnt. Am 25. Juni hatten 73 Unternehmer (von 206) für 824 Arbeiter die Forderungen bewilligt. 893 Arbeiter waren abgereist, so daß noch 1450 Arbeiter sich im Streik befinden. Außer den Maurern sind nach 410 Bauarbeiter, die neunstündige Arbeitszeit und 45 % Stundenlohn forderten, in den Streik getreten; 120 erhielten die Forderungen bewilligt und 50 sind abgereist.

Die Gewerkschaften Leipzigs legen großen Werth auf den günstigen Ausgang des Streiks und fürchten einen Nachtheil für die gesammte Bewegung, wenn er verloren geht. Adresse: H. Söyer, Leipzig, Steinstr. 35.

In Weimar streifen sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Meyer'schen Zigarrenfabrik. Sie fordern eine 15 prozentige Erhöhung des gegenwärtig durchschnittlich M. 13 betragenden Wochenlohnes. Der Fabrikant bemüht sich eifrig, Arbeitskräfte von auswärtig zu erhalten und wird dringend um Fernhalten des Zuzuges gebeten. Adresse: H. Lies, Weimar, Kirchberg 21.